



Vorlage an den Gemeinderat

Ersatzbeschaffung Gemeindemobil

Vorlage **GR 2019**

TOP 07

für Sitzung am: 10.12.2019
erstellt von: Andreas Hermann
Aktenzeichen: 022.31; 045.52
☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Sachverhalt:

Das erste Gemeindemobil wurde 1998 in Betrieb genommen, die Ersatzbeschaffung des aktuellen Fahrzeugs erfolgte 2009. Damals kostete das Fahrzeug rund 42.000 €.

In der Überlegung war ein kleineres Fahrzeug zu nehmen. Durch die starke Nutzung mit älteren Mitfahrern bleibt jedoch überwiegend der Wunsch nach einem Hochdach und langen Radstand sowie einem Tritt. Wobei die Verwaltung vorschlägt einen festen Tritt zu montieren und auf die elektronische Unterstützung bei der Schiebetüre zu verzichten.

Bei Mercedes, Ford und VW wurde um ein entsprechendes Angebot angefragt.

Zu beraten ist auch, ob wieder eine teilweise Refinanzierung über Sponsoring erfolgen soll. Hierzu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ohne Sponsoring wäre jedoch auch das Design neu auszurichten.

Die Verwaltung hat Fördermittel für eine Ersatzbeschaffung in Form eines Elektrofahrzeugs bewilligt bekommen. Die Fördersumme beträgt bis zu 47.708 € (50% Anteil!). Voraussetzung ist der Verkauf eines KFZ mit Verbrennungsmotor. Zudem muss die Beschaffung bis 31.08.2020 abgewickelt sein.

Nachdem von Mercedes ein vielversprechender Elektrobus auf den Markt kommt wäre das eine Alternative. Die Zeichnungsfrist soll ab 01. Dezember erfolgen, das Rollout ab spätem Frühjahr. Mit der Förderung wäre das eine interessante Variante für Grünkrut.

In der Klausurtagung des Gemeinderats wurde das Thema bereits erwähnt. Wunsch war rasch reagieren zu können, wenn das neue Modell auf dem Markt ist. Nachdem ein neues Modell voraussichtlich ab 01. Dezember zu bekommen ist und die nächste Gemeinderatssitzung erst Ende Januar stattfindet, wird der Tagesordnungspunkt vorsichtshalber mit aufgenommen. Sollten bis zur Sitzung keine entscheidungsreife Angebote vorliegen muss der Punkt abgesetzt werden.

Der Beschlussvorschlag zur Beschaffung oder weiterem Vorgehen folgt in der Gemeinderatssitzung.